Stellungnahme(n) (Stand: 12.06.2020)

Sie betrachten: 75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Am Gut Loherhof II
Verfahrensschritt: Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB
Zeitraum: 11.05.2020 - 15.06.2020

Behörde:	Kreis Heinsberg: Federführung
Frist:	15.06.2020
Stellungnahme:	<p>Erstellt von: Holger Borchartd, am: 12.06.2020 , Aktenzeichen: 617310/02/boh</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>nachfolgend erhalten Sie die Gesamtstimmungnahme des Kreises Heinsberg zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Am Gut Loherhof II.</p> <p>Seitens des Gesundheitsamtes, der Unteren Naturschutzbehörde sowie der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken.</p> <p>Die Untere Bodenschutzbehörde sowie der Immissionsschutz nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Untere Bodenschutzbehörde: Für den Bereich der „75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Am Gut Loherhof II“ bestehen aus Sicht des Bodenschutzes und aus altlastentechnischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Zurzeit liegen der Behörde keine Erkenntnisse über Altlast-Verdachtsflächen bzw. Altlasten vor.</p> <p>Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist nach § 202 Baugesetzbuch (BauGB) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.</p> <p>Treten jedoch im Rahmen von Erdbauarbeiten Auffälligkeiten auf, wird auf die gesetzlichen Anzeigepflichten hingewiesen. Danach ist unverzüglich die Untere Bodenschutzbehörde zu informieren.</p> <p>Immissionsschutz: Die Untere Umweltschutzbehörde - Sachgebiet Immissionsschutz - verweist auf die Stellungnahme des Kreises Heinsberg im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 09.03.2020 bis 09.04.2020.</p> <p>Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind gemäß § 50 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen [...] auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete [...] so weit wie möglich vermieden werden. Inwiefern dem Trennungsgrundsatz gemäß § 50 BImSchG zum derzeitigen Planungstand in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird, kann dem Planentwurf angesichts mangelhafter Abwägungsmaterialien nicht entnommen werden.</p> <p>WEA sind Anlagen im Sinne des BImSchG und unterliegen hinsichtlich der Beurteilung von Umwelteinwirkungen durch Geräusche der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm. Die von der Windenergieanlage verursachten Geräuschimmissionen dürfen außerhalb im Bereich der am stärksten betroffenen schutzbedürftigen Räume der geplanten Wohngebäude demnach bei keinem Betriebszustand zu einer Überschreitung der folgend genannten Immissionsrichtwerte führen:</p> <p>in allgemeinen Wohngebieten (WA): tags 55 dB(A) nachts 40 dB(A)</p> <p>Den Anforderungen der TA Lärm für die „Ermittlung der Geräuschimmissionen durch Prognose“ (Anhang A.2 der TA Lärm) wird das schalltechnische Gutachten nicht gerecht. Auch wurden in dem Gutachten emissionskennzeichnende Daten eines anderen WEA-Typs verwendet. Eine überarbeitete</p>

Immissionsprognose wurde der Unteren Umweltschutzbehörde nicht vorgelegt und liegt auch den aktuellen Antragsunterlagen nicht bei. Der Nachweis gesunder Wohnverhältnisse ist somit nicht erbracht.

Gegen das Vorhaben „75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Am Gut Loherhof II“ bestehen daher auch weiterhin immissionsschutzrechtliche Bedenken. Es wird um Übersendung einer schalltechnischen Immissionsprognose gebeten. In Form einer Lärmimmissionsprognose unter Anwendung eines qualitätsgesicherten Ausbreitungsberechnungsprogrammes ist der Nachweis zu erbringen, dass an geeigneten Immissionsaufpunkten die o. g. Immissionsrichtwerte der TA Lärm eingehalten werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
H. Borchardt

Anhänge: -

Nachträge:

-

manuelle Einträge:

-